

Rudolf Freidhof (1888-1983) – ein Leben im Dienst der sozialen Demokratie

von Michael KITZING

I. Einleitung

Der Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 veranlasste den Kasseler SPD-Parteisekretär Rudolf Freidhof dazu, im Selbstverlag eine Schrift zu veröffentlichen, in der er in überaus scharfen Worten vor den Nationalsozialisten warnte und der Wählerschaft, insbesondere den Sozialdemokraten, aufzuzeigen versuchte, welche Folgen eine nationalsozialistische Machtergreifung haben werde. Handelte es sich doch bei den Nationalsozialisten um geschworene Feinde der Weimarer Republik, deren einziges Ziel es war, *die Weimarer Verfassung zu unterminieren, die demokratischen Einrichtungen der Republik in Misskredit zu bringen, ein allgemeines Chaos zu schaffen, um auf den Trümmern des Staates dann ihre Diktatur aufzurichten*.¹ Mehr als treffend zeigte Freidhof seiner Leserschaft auf, dass es den Nationalsozialisten gelungen war, unter Ausnutzung der allgemeinen Unzufriedenheit, insbesondere der Furcht weiter bürgerlicher Kreise vor einem wirtschaftlichen Abstieg, eine Art Volkspartei zu werden, die alle Unzufriedenen, die der Republik ihre Schuld für ihre persönliche Misere gaben, zu vereinen.² So fanden sich in ihrer Partei *alle Schichten des deutschen Volkes. Angefangen vom Kronprinzen und den Angehörigen der ehemaligen Fürstenhäuser über die Grafen, Generäle und ehemaligen Offiziere, den Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Mittelständlern und Kleinbürgern, den Angehörigen der freien Berufe, Beamten, Angestellten und Arbeitern bis zu den Lumpenproletariern vereinigen sie alle Gesellschaftsschichten in ihren Reihen*. Hierbei seien es vor allen Dingen arbeitslose Akademiker, die bei den Nationalsozialisten Unterschlupf gefunden hätten.

Neben dieser durchaus richtigen soziologischen Analyse der Nationalsozialisten konnte Freidhof treffend darlegen, dass Terror und Gewalt die maßgeblichen Methoden der Nationalsozialisten darstellten, während die stets wiederholte Legalitätsbekundung allenfalls rein taktische Bedeutung hatte.³ Der von den Nationalsozialisten angestrebten *vollständigen Zerschlagung und restlosen Beseitigung aller demokratischen Rechte in der Innenpolitik* entsprach die Tatsache, dass durch den übersteigerten Nationalismus der NSDAP auch außenpolitisch eine latente Kriegsgefahr heraufbeschworen wurde, die, so Freidhof weiter, *ein Meer von Blut und Tränen für die jetzt lebende Generation und kommende Geschlechter* zur Folge haben werde.⁴ Letztlich konnte Freidhof nur

1 Rudolf FREIDHOF: Die faschistische Gegenrevolution, Kassel 1931, S. 3.

2 Ebd., S. 5 f. – das nachfolgende Zitate ebd., S. 5.

3 Ebd., S. 7, 10.

4 Die Zitate: Ebd., S. 10 und 15.

folgern: *Wehe der Arbeiterklasse, wenn diese blutgierigen Bestien jemals zur Macht kämen.*⁵

Mit dieser Schrift hatte sich Freidhof als klarer und konsequenter Gegner der Nationalsozialisten positioniert, genauso wie er sich andererseits deutlich von den Kommunisten abgrenzte, denen er die Spaltung der Arbeiterschaft und hierdurch ebenfalls eine Begünstigung der nationalsozialistischen Ziele vorwarf.

Sein klares Bekenntnis sollte für Freidhof furchtbare Konsequenzen besitzen, so dass die Jahre 1933-1945 zu einer fortgesetzten Leidenszeit wurden, die gekennzeichnet waren durch Schutzhaft und mehrfache Verschleppung in Konzentrationslager – eine Leidenszeit, die erst mit der Befreiung des KZ Sachsenhausen im April 1945 ihr Ende finden sollte.

Nicht nur auf Grund seines klaren Bekenntnisses zum Weimarer Verfassungsstaat war Freidhof eine überaus schillernde Persönlichkeit, vielmehr ist sein Lebensweg geprägt durch den Wandel vom jungen badischen Radikalen, der seine Heimat zunächst bei der USPD fand, hin zu einem, über alle Maßen verantwortungsbewussten SPD-Politiker der ausgehenden Weimarer Zeit in Kassel, der schließlich auch hier 1945 sich maßgebliche Verdienste um den Wiederaufbau der schwer durch den Krieg zerstörten Stadt sowohl auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene erwerben sollte. Zugleich gehörte er zu den Gründervätern der hessischen Sozialdemokratie, wobei ihm freilich wesentlich das Verdienst zukommt, dass die SPD im nordhessischen Raum über viele Jahrzehnte nach 1945 zur dominierenden und gestaltenden politischen Kraft aufstieg.

Im Folgenden soll ein Abriss über den Lebensweg Freidhofs, der in Gerlachsheim im Taubertal beginnt und ihn über Mannheim nach Kassel führt, gezeichnet werden. Der Beitrag wirft dabei zugleich einen Blick auf die Geschichte und Organisation der Mannheimer SPD, dem größten SPD-Ortsverband in Baden in der Weimarer Zeit, in den zwanziger Jahren, wie auch auf die Entwicklung und Ausgestaltung des politischen Lebens in Kassel in den ersten Nachkriegsjahren. Abschließend soll noch die Rolle Freidhofs als einer der maßgeblichen sozialdemokratischen Parlamentarier der ersten Nachkriegsjahre im hessischen Landtag und zuletzt als Vertreter der nordhessischen Region in Bonn gewürdigt werden.

Wenn auch Rudolf Freidhof keine persönlichen Papiere hinterlassen hat, so muss die Quellenlage doch als insgesamt recht gut bezeichnet werden; so befinden sich doch recht umfangreiche personengeschichtliche Akten, insbesondere mit Zeitungsausschnitten zu Freidhof sowohl im Mannheimer als auch Kasseler Stadtarchiv.⁶ Diese erlauben ein doch recht klares Bild von Freidhofs Lebenslauf zu zeichnen, zumal auch anlässlich des 90. Geburtstages von Rudolf Freidhof eine Festschrift erschienen ist⁷, die die wichtigsten Parlamentsreden des Kasseler Sozialdemokraten zusammenfasst und somit einen gelungenen Einstieg in eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Tätigkeit des Kasseler Sozialdemokraten ermöglicht.

5 Ebd., S. 9.

6 Vgl. StadtA Mannheim Altbestand der ZGS S 1/1914, sowie StadtA Kassel S 1 Nr. 1119.

7 Vgl. Rudolf Freidhof 90 Jahre, Kassel 1978.

II. Rudolf Freidhofs politischer Lebensweg in der Weimarer Republik

Rudolf Freidhof wurde am 23. September 1888 in Gerlachsheim in Baden als Sohn eines Spenglers in eine kinderreiche Familie (fünf Geschwister) geboren, wobei Freidhof bereits im Alter von neun Jahren seinen Vater verlor.⁸ Über Kindheit und Jugend ist wenig bekannt, 1903 erfolgte die Übersiedlung nach Mannheim, wo er eine Lehre als Dreher absolvierte. Diesen Beruf hat er 1912-1928, also bis zu seinem Wegzug nach Kassel, bei der Firma Karl Benz ausgeübt. Den Ausgang für sein politisches Engagement bildete 1906 der Eintritt in die Mannheimer Sozialdemokratie – einer Partei, der er bis zu seinem Tod treu bleiben sollte – abgesehen von den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, in denen Freidhof zur Unabhängigen Sozialdemokratie übertreten sollte.

Die badische Sozialdemokratie bewegte sich auf dem rechten Flügel ihrer Reichsparteiorganisation, in den Jahren nach der Jahrhundertwende waren es insbesondere Wilhelm Kolb und aus Mannheim Ludwig Frank, die für einen klaren reformistischen Kurs standen.⁹ Seinen Ausdruck fand dieser Kurs seit 1905 in der Zusammenarbeit der badischen Sozialdemokratie mit allen liberalen Parteien im Rahmen des so genannten Großblockes. Dabei handelte es sich um ein Wahlkampfabkommen, das in erster Linie gegen die Zentrumsparterie gerichtet war, das darüber hinaus aber durchaus positive Anknüpfungspunkte für eine gemeinsam gestaltende Politik von Sozialdemokratie und Liberalen bot: gemeinsam verwirklicht wurden u. a. eine Demokratisierung des badischen Kommunalwahlrechts oder eine Erhöhung der Gehälter der Grundschullehrer wie auch der Bezüge der unteren Gehaltsklassen der einfachen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Im Ersten Weltkrieg stimmten die badischen Sozialdemokraten folglich mit dem positiven Votum der Reichstagsfraktion bei der Verabschiedung der Kriegskredite am 4. August 1914 überein und verfolgten vielmehr eine Politik, die letztlich darauf zielte, Gegner der Kriegskredite aus der Partei herauszudrängen.¹⁰ Freilich war die Zahl der Kriegskreditgegner in Baden durchaus überschaubar, stärkeren Anhang konnte die USPD lediglich in Mannheim und mit starken Einschränkungen auch in Offenburg gewinnen, wo Adolph Geck als einziger Landtagsabgeordneter zu den Unabhängigen übergang. Zu einem Zentrum der Unabhängigen sollte sich Mannheim auch erst im Gefolge der Revolution von 1918/19 entwickeln, insbesondere ab Februar 1919 nach

8 Zum Lebenslauf Freidhofs vgl. u. a. Rudolf VIERHAUS, Ludolf HERBST, Bruno JAHN (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1: A-M. München 2002, S. 223.

9 Zum politischen Selbstverständnis der badischen Sozialdemokraten vgl. Hans-Joachim FRANZEN: Die SPD in Baden 1900-1914, in: Jörg SCHADT, Wolfgang SCHMIERER (Hg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979, S. 88-106; zum badischen Großblock vgl. zuletzt: Wolfgang HUG: Kleine Geschichte Badens, Stuttgart 2006, S. 139-141; Frank ENGEHAUSEN: Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden, Leinfelden-Echterdingen 2005, S. 180 ff.

10 Zur badischen SPD im Ersten Weltkrieg vgl. Jutta STEHLING-HÖFLING: Die badische SPD im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914-1933, in: SCHADT/SCHMIERER (wie Anm. 9), S. 132-159, hier: S. 132-136.

der Ermordung Kurt Eisners.¹¹ Hatte die USPD noch bei den Reichs- und Landtagswahlen am 5. bzw. 19. Januar 1919 auch in Mannheim eine letztlich nur marginale Rolle gespielt, so erfolgte ihr Aufstieg seit Ende Februar: So waren es Unabhängige und Kommunisten, die am 22./23. Februar eine maßgebliche Rolle bei der Ausrufung der kurzlebigen süddeutschen Räterepublik spielten. Auch gelang es der USPD in Mannheim zeitweilig maßgeblich Einfluss innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Mannheim zu gewinnen, was zu heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen führte. Den ersten namhaften Erfolg konnten die Unabhängigen schließlich bei den Kommunalwahlen im Mai 1919 erreichen, als man mit 16,4 % und 16 Stadtverordneten zur drittstärksten Kraft in der Mannheimer Kommunalpolitik aufstieg. Beträchtliche Gewinne konnte die USPD sicherlich auch noch bei den Reichstagswahlen 1920 in Mannheim erringen – die genauen Zahlen hierfür sind jedoch leider verloren gegangen.

Auf Grund schwerer innerparteilicher Auseinandersetzungen wurde die USPD in den nächsten beiden Jahren aufgegeben, so dass bereits bei den Landtagswahlen 1921 die Unabhängigen nur noch am Rande eine Rolle spielten und lediglich einmal 2 Abgeordnete in das Karlsruher Rondell entsenden konnten. Rudolf Freidhof fungierte hierbei als Spitzenkandidat der badischen Unabhängigen und übernahm folglich auch formal die Führung der USPD Landtagsgruppe. Dabei ist er zwar lediglich ein einziges Mal, dafür aber mit einer überaus geharnischten Rede im Rahmen der Generaldebatte am 26. Januar 1922 hervorgetreten¹², wobei sich Freidhof in seinen Ausführungen nur unwesentlich vom Redner der KPD unterschied. Freidhof bekannte sich offen als *Gegner der bestehenden Staatsform*. Ohne Umschweife erklärte er: *Die sozialistische Republik zu erstreben [...] das Proletariat lebt unter der Diktatur des Kapitalismus. Erst wenn der Sozialismus zur Herrschaft gelangt, wenn das Proletariat die Herrschaft erlangt, dann wird die Diktatur des Proletariats der Mehrheit der Schaffenden eingeführt werden.*¹³ Mit dieser werde dann die wahre Demokratie eintreten. Dementsprechend verurteilte Freidhof die Zusammenarbeit der badischen SPD mit den bürgerlichen Parteien als *eine Schwächung des Proletariats und dessen politischer Schlagkraft*.¹⁴ Daneben entfaltete Freidhof ein umfangreiches gesellschaftliches Reformprogramm, in dem u. a. die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung gefordert wurde, er großen Wert auf die Unterstützung der Arbeitslosen und Kriegshinterbliebenen legte, und schließlich die Kommunalisierung des Wohnungsbaus eingefordert wurde. Zu sichern galt es für Freidhof schließlich die Errungenschaften der Revolution, namentlich den Achtstundentag – an dieser Stelle wird, abgesehen von den scharfen Polemiken, die Freidhofs Rede enthielt, schon die spätere Festlegung auf den sozialpolitischen Sektor erkennbar.

11 Zur SPD und USPD in Mannheim 1918/1919 vgl. Peter RATZEL: Die Mannheimer SPD in der Weimarer Republik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Kreis Mannheim (Hg.): 100 Jahre SPD in Mannheim. Eine Dokumentation, Mannheim 1967, S. 45-61; zum Folgenden vgl. insbes. S. 46-50.

12 Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages 1921/1922, Sp. 457-477.

13 Ebd., Sp. 476.

14 Ebd.

Zugute halten kann man Freidhof sein damals noch recht junges Alter, in jedem Fall mäßigte er sich innerhalb nur eines Jahres erheblich in seinen politischen Ansichten, so dass er – anders als Friede Unger, die ebenfalls für die USPD in den badischen Landtag gewählt worden war, nach der Auflösung der USPD 1922 nicht zu den Kommunisten wechselte, sondern vielmehr aktiv bei den vormaligen USPD-Mitgliedern für einen Übertritt zur Sozialdemokratie warb.¹⁵

Der neuerliche Zusammenschluss der beiden sozialdemokratischen Parteien in Mannheim wurde von Freidhof in der Tribüne, dem bisherigen Organ der Mannheimer USPD, ausführlich begründet.¹⁶ Angesichts der erstarkenden Gegenrevolution, so Freidhof, der fortschreitenden Verelendung des Proletariats, dürfe man nicht mehr über die Vergangenheit streiten und nicht an Personen Kritik üben, sondern müsse vielmehr einen gemeinsamen Weg beider sozialdemokratischer Parteien für die Zukunft finden. Die bestehende Republik wurde von Freidhof dabei zwar nicht als Ideal angesehen, gebe aber gleichwohl *den besten Kampfboden für unsere Ziele, die soziale Republik, ab*. Verhalte man sich gleichgültig, so werde dagegen der Wiederaufrichtung der Monarchie Vortrieb geleistet. Freilich werden aus den Zeilen Freidhofs auch durchaus noch vorhandene Spannungen innerhalb der nunmehr wiedervereinigten Sozialdemokratie deutlich. So betonte Freidhof, dass es sich nicht um einen Übertritt der USPD zur SPD handle, sondern vielmehr um eine Vereinigung zweier, bis dahin selbständiger Parteien auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms. Dies war freilich nicht ganz zutreffend. Sowohl bei der Anzahl der Mitglieder wie auch der Erstellung einer gemeinsamen Liste für die im November anstehenden Kommunalwahlen waren Vertreter der vormaligen Mehrheitssozialdemokratie in der Überzahl.¹⁷ Auch blieb der Aufruf Freidhofs letzten Endes erfolglos: Fast alle Anhänger der USPD wechselten zur KPD über, die aus dem Stand knapp 10 % erreichte, wogegen die Vereinigte Sozialdemokratie ihr Ergebnis um gerade einmal 0,7 % im Vergleich zu 1919 steigern konnte. Bezogen auf die Zahl der Stadtverordneten bedeutete dies sogar ein Verlust von drei Mandaten.

Freidhof musste in der Vereinigten Mannheimer Sozialdemokratie zuerst einmal ins zweite Glied zurücktreten, genauso wie auch bei den Landtagsdebatten er nunmehr lediglich noch sporadisch das Wort ergriff, wobei er sich in der Regel zu Fragen der Sozialpolitik äußerte.

Eine neue Gestaltungsmöglichkeit öffnete sich für Freidhof im Jahr 1923, als nach dem Tod des langjährigen Mannheimer Ortsvorsitzenden Georg Strobel Freidhof zu dessen Nachfolger gewählt wurde. Dem Mannheimer Ortsverband kam besondere Bedeutung zu, war dieser doch der größte Ortsverband Badens in der Weimarer Zeit, genauso wie in Mannheim der Vorstand des Landesverbandes und schließlich auch des

15 An dieser Stelle macht sich freilich das Fehlen von persönlichen Erinnerungen oder eines Briefwechsels Freidhofs insbesondere negativ bemerkbar, so dass nicht ersichtlich ist, aus welchen Gründen dieser von nun an in ein deutlich gemäßigtes politisches Fahrwasser überschwenkte, ja sich sogar unmissverständlich gegenüber der ja noch im Jahr zuvor von ihm mitrepräsentierten radikalen Linken abgrenzte.

16 Vgl. „Tribüne“ Mannheim; USPD-Zeitung (undatiert, ca. 20. Oktober 1922), hinterlegt, in: StadtA Mannheim, Altbestand der ZGS 1/1914. – die folgenden Zitate ebd.

17 Vgl. RATZEL: Die Mannheimer-SPD in der Weimarer Republik (wie Anm. 11), S. 49 f.

Reichsbanners angesiedelt waren.¹⁸ Freilich befand sich auch der Mannheimer Ortsverein in einem schwierigen Fahrwasser, da im Gefolge von Weltkrieg, Revolution und Geldentwertung die Mitgliederzahl erheblich gelitten hatte, so dass Freidhof nicht unerhebliche Anstrengungen unternehmen musste, um diesen zu reorganisieren.¹⁹ Große Sorgen bereiteten dem Ortsvorsitzenden einerseits die Mannheimer Parteizeitung Volkswacht, mehr aber noch der offenbar erhebliche Nachwuchsmangel, wurde doch mehrfach auf Mitgliederversammlungen in den 1920er Jahren darüber geklagt, dass es an engagierten Führungspersönlichkeiten bei den Jungsozialisten fehle.²⁰ Die Bestrebungen Freidhofs zielten darauf, die Partei durch Werbewochen, die auch außerhalb bzw. weit vor Wahlkämpfen durchgeführt wurden, attraktiv zu machen.²¹ So wurden wiederholt nach Mannheim bekannte sozialdemokratische Redner, u. a. mehrfach der preußische bzw. Reichsinnenminister Karl Severing eingeladen, der seine Auftritte jeweils für grundsätzliche Ansprachen zur Lage der Reichspolitik nutzte.²² Daneben galt es insbesondere das weibliche Publikum anzusprechen. Im Rahmen der Werbewochen wurden mehrfach weibliche Reichstagsabgeordnete der SPD eingeladen, die insbesondere auf Frauenveranstaltungen sprachen und bei Frauen um Zustimmung warben.²³ Im Rahmen von Pressewochen wurde schließlich für den Bezug der Volkswacht geworben. Die Maßnahmen Freidhofs können, soweit ersichtlich, als erfolgreich angesehen werden. Hierfür spricht nicht nur die regelmäßige Wiederwahl Freidhofs als Ortsvorsitzender, sondern auch der ausdrückliche Dank, der Freidhof seitens des Parteisekretärs Tesloff bei seinem Abschied im Februar 1928 ausgesprochen wurde: *Der gute Bestand des Ortsvereins Mannheim, sowohl zahlenmäßig, wie auch in jeder anderen Beziehung, ist ein deutlicher Beweis für die gute Arbeit, die Du hier geleistet hast. Wir erkennen ganz offen an, dass es nicht sehr viele Genossen gibt, die wie Du so viel Fleiß und Arbeit für die Partei aufzubringen vermögen.*²⁴ In Zahlen ausgedrückt bedeutete dies, dass die Mitgliederziffer von 5281 auf 6029 gestiegen war. Auch das politische Gewicht, das die SPD im Landtagswahlkreis Mannheim einbringen konnte, sprach für den Erfolg der Arbeit Freidhofs: In den 28 Orten des Landtagswahlkreises stellte die SPD fünf Bürgermeister, 44 Gemeinderäte und 313 Gemeindeverordnete, in

18 Zur Organisation der Mannheimer-SPD in der Weimarer Republik vgl. Erich MATTHIAS, Hermann WEBER (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984, S. 95-101.

19 Vgl. hierzu Rudolf FREIDHOF: Erinnerungen an Mannheim, S. 1 f., hinterlegt in: StadtA Mannheim, Altbestand der ZGS 1/1914.

20 Zum Nachwuchsmangel vgl. Volksstimme 24.2.1927: Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Mannheim; zu den Sorgen um die Volkswacht vgl. Volksstimme 26.5.1925: Generalversammlung des Sozialdemokratischen Parteivereins Mannheim.

21 Vgl. Volksstimme 28.10.1927: Der Auftakt zur Werbewoche.

22 Volksstimme 3.11.1927: „Mannheim muss seinen Mann stehen“. Hoffnungsvoller Auftakt zur „Roten Woche.“ – Karl Severing zur Rede des Reichskanzlers Marx. Abrechnung mit der bankrotten Politik des Besitzbürgerblocks; vgl. auch Volksstimme 14.4.1927: Karl Severing in Mannheim. Überfüllte Mitgliederversammlung – Begeisterter Empfang.

23 Volksstimme 28.10.1927: Der Auftakt zur Werbewoche. (Mit Hinweis auf eine Frauenversammlung in Weinheim am 13.11.1927.)

24 FREIDHOF: Erinnerungen an Mannheim (wie Anm. 19), S. 2.

Mannheim selbst neun Stadträte, 33 Gemeindeverordnete und seit 1928 mit Hermann Heimerich erstmals den Mannheimer Oberbürgermeister.²⁵

Diese erfolgreiche Bilanz lässt erkennen, warum die SPD-Reichsleitung, nachdem es in Kassel zu internen Streitigkeiten gekommen war, Freidhof dorthin berief, um hier innerparteilich ausgleichend zu wirken.

Neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender des sozialdemokratischen Ortsvereins hat Rudolf Freidhof selbstverständlich auch in der Mannheimer Kommunalpolitik mitgewirkt, zumal er zwischen 1925 und 1928 dem Mannheimer Bürgerausschuss angehört hat. Auch nach seinem Wechsel nach Kassel hat Freidhof weiterhin in der Volksstimme, dem Blatt der Mannheimer Sozialdemokratie, noch Stellung zu Fragen der Kommunalpolitik genommen, beispielsweise während des Kommunalwahlkampfes im November 1930.²⁶ In diesem Zusammenhang hat er auch die von ihm mitgestaltete Kommunalpolitik verteidigt. Eines der zentralen Anliegen Freidhofs für Mannheim war die Schaffung einer Westhilfe: Wenn die Reichsregierung, so Freidhof, Millionen Beiträge als Hilfsaktion für den Osten auswerfe, so müsse auch der Notlage in Südwestdeutschland in Berlin gedacht werden. Durch den Versailler Vertrag war Baden zum Grenzland geworden; Investitionen wurden zudem gehindert durch die fünfzig Kilometer breite entmilitarisierte Zone entlang des Rheins. Der schwere Stand Mannheims resultierte schließlich aus der zeitweiligen Besetzung des Rheinhafens durch die Franzosen und den Übergang der Rhein-Schiffahrtskommission an Straßburg. Dem solle man in Berlin gedenken, genauso wie Freidhof die geradezu *groteske Kleinstaaterei* innerhalb des Deutschen Reiches beklagte; so verfüge Mannheim über keinerlei Hinterland, sondern sei vielmehr eingeklemmt zwischen bayrischem (pfälzischem), preußischem und hessischem Gebiet. Hieraus resultierte selbstverständlich die Forderung nach einer möglichst zügigen Reichs- und Gebietsreform, die während der gesamten Weimarer Zeit nicht verwirklicht wurde.

Wie auch schon im Landtag, hob Freidhof die Leistungen seiner Partei wie auch sein eigenes Engagement für Mannheim auf dem Gebiet der Sozialpolitik hervor. So habe die Sozialdemokratie in Mannheim *ein Werk von sichtbarer Größe* geschaffen, insbesondere auf dem Gebiet der Obdachlosenfürsorge, der Förderung der Anliegen von Alter und Jugend, schließlich auch bei der Bekämpfung der Wohnungsnot. – In der Tat kann man der badischen Politik insgesamt auf diesem wichtigen Feld der Weimarer Politik ein günstiges Zeugnis ausstellen: Wurden doch hier auf die Initiativen der SPD wie auch des linken Flügels des Zentrums weit mehr Wohnungen gebaut als in anderen Reichsteilen, so dass das Problem Wohnungsnot bereits 1930 als weitgehend gelöst angesehen werden konnte.²⁷ Schließlich konnte Freidhof, ebenfalls durchaus zu Recht,

25 Vgl. MATTHIAS/WEBER: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim (wie Anm. 18), S. 97 und 99; zur Parteientwicklung in Mannheim in den Jahren unmittelbar nach der Inflation vgl. Volksstimme 26.5.1925: Generalversammlung des Sozialdemokratischen Parteivereins Mannheim.

26 Vgl. Rudolf Freidhof: Mannheimer Wähler verteidigt ein Werk von sichtbarer Größe, in: Beilage der „Volksstimme“, 2. Blatt zu Nummer 305, 11.11.1930 – hier auch die folgenden Zitate.

27 Zur insgesamt erfolgreichen Lösung der Wohnungsfrage in Baden durch die Koalition aus Zentrum und SPD vgl. Wilhelm ENGLER: Freiburg, Baden und das Reich. Lebenserinnerungen eines südwestdeutschen Sozialdemokraten. Bearbeitet von Reinhold ZUMTOBEL, hg. und eingeleitet

auf die Lösung der Eingemeindungsfragen in Mannheim verweisen: während es im Rheinland und in Preußen zu Zwangseingemeindungen gekommen war, hatte die Stadt Mannheim mit zahlreichen ihrer Vororte Verträge auf freiwilliger Basis geschlossen, so dass Freidhof davon sprechen konnte, dass leistungsfähige Selbstverwaltungskörper geschaffen worden seien.

Als Freidhof im Jahr 1928 als Bezirkssekretär der Sozialdemokratie nach Kassel wechselte, gehörte der nordhessische Raum noch immer zu den Hochburgen der SPD.²⁸ So hatte die SPD bei den ersten Kommunalwahlen in Kassel am 2. März 1919 die absolute Mehrheit gewonnen und konnte 37 von 62 Stadtverordneten in Kassel stellen. Freilich musste die SPD in der Regierungsverantwortung auch auf kommunaler Ebene unpopuläre Entscheidungen treffen, was bei den Kommunalwahlen 1924 zum Verlust der absoluten Mehrheit geführt hatte. Nunmehr konnten die Sozialdemokraten nur noch 19 von 55 Stadtverordneten stellen. Bei den nächsten Kommunalwahlen im Oktober 1929 konnte die Zahl der Stadtverordnetenmandate immerhin wieder auf 21 erhöht werden, jedoch waren nun erstmals auch die Nationalsozialisten in das Kasseler Gemeindeparlament eingezogen. Angeführt wurden diese hier durch Roland Freisler, der regelmäßig mit rüden Attacken und Androhung von Schutzhaft, Zuchthaus und sonstigen Misshandlungen nach einer etwaigen NS-Machtübernahme insbesondere die sozialdemokratischen Gemeindevertreter einzuschüchtern versuchte. Gleichwohl ist es der SPD auch bei den letzten Kommunalwahlen am 12. März 1933 gelungen, sich in Kassel bei 28,3 % der Wählerstimmen zu behaupten und 16 von 56 Stadtverordnetenmandate zu erringen, wobei Freidhof erstmals in das Kasseler Gemeindeparlament gewählt wurde. Freilich war es ihm schon nicht mehr möglich, dieses Mandat anzutreten, da er bereits am 3. März, also unmittelbar nach den Reichstagswahlen, in den Räumen des SPD-Volksblattes, das von den Nationalsozialisten okkupiert und für die NS-Zeitung „Hessische Volkswacht“ in Anspruch genommen wurde, verhaftet wurde.²⁹ Was folgte, war eine erste Anklage vor dem Reichsgericht in Leipzig wegen ver-

von Wolfgang HUG, Stuttgart 1991, S. 132; Anton RETZBACH: Zur Wohnungsfrage, in: Zentrumspolitik auf dem badischen Landtag 1929/1930. Freiburg i. Br. 1930, S. 72-77.

- 28 Zur Geschichte der Kasseler Sozialdemokratie während der Weimarer Republik vgl. Thomas BRAUN: Die SPD in der Kasseler Kommunalpolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Göttingen 1998; zum Folgenden vgl. insbes. die zusammenfassende Darstellung 100 Jahre SPD-Fraktion im Kasseler Rathaus 1909-2009, eingesehen unter <http://www.spd-fraktion-kassel.de/pdf/100-Jahre-SPD-Fraktion-KS.pdf>. (22.6.2011), S. 10-15 (hier auch zu den Kommunalwahlergebnissen der Weimarer Zeit).
- 29 Zum Schicksal Freidhofs in den Jahren des Dritten Reiches vgl. zusammenfassend: MdL. Das Ende der Parlamente und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Ein biographischer Index, hg. von Martin SCHUMACHER, bearb. von Martin SCHUMACHER unter Mitwirkung von Achim DÜNNWALD, Ralf GEBEL und Matthias JAROCH, Düsseldorf 1995, S. 41.; sowie Hessische Allgemeine 23.9.1983: Rudolf Freidhof wird heute 95 Jahre alt; Hessische Allgemeine 23.9.1983: Deutschlands ältester Parlamentarier. Rudolf Freidhof wird heute 95 – zur Verfolgung der Kasseler Sozialdemokraten in den Jahren des Dritten Reiches vgl. 100 Jahre SPD-Fraktion im Kasseler Rathaus (wie Anm. 28), S. 15-19.; sowie die Erinnerungen von Willi Goethe: So war das Ende 1933 und so war der Anfang 1945, abgedr.

suchten Volksverrats, die jedoch aufgrund nicht stichhaltiger Beweise von dem noch nicht vollständig gleichgeschalteten Gericht zurückgewiesen wurde. Kurze Zeit später kam es zu einer erneuten Festnahme Freidhofs, dieses Mal wegen Verbreitung eines Flugblattes, in dem er Polizeibeamte aufgefordert hatte, nicht auf wehrlose Menschen zu schießen. Bevor es zu einer Verurteilung zu vier Monaten Zuchthaus kam – im Prozess wurde Freidhof durch den späteren hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn vertreten – musste Freidhof mehrere Wochen im Konzentrationslager Guxhagen-Breitenau verbringen.

Nach seiner ersten Haftentlassung war eine politische Tätigkeit freilich nicht mehr möglich. Freidhof war im Gemüsegroßhandel tätig und blieb zunächst zehn Jahre unbehelligt. Eine neuerliche Verhaftung erfolgte schließlich im Zusammenhang mit der Aktion „Gitter“ unmittelbar nach dem Attentat vom 20. Juli – eine Aktion, bei der völlig willkürlich ehemalige und potentielle Regimegegner verhaftet und ins Konzentrationslager verschleppt wurden, so im Falle Freidhofs, der das Kriegsende 1945 erst nach der Befreiung des KZ Sachsenhausen durch die Amerikaner erlebte.

III. „Pionier des demokratischen Wiederaufbaues“ in Kassel und Nordhessen 1945/46

Die Jahre ab 1945 stellen ohne Zweifel den Tiefpunkt in der Geschichte der Stadt Kassel dar. In Folge der Bombenangriffe vom 23. Oktober 1943 waren nicht nur die Rüstungsbetriebe getroffen worden, sondern in starkem Maße auch Wohn- und Geschäftsviertel, genauso wie die Altstadt zerstört wurde.³⁰ Im Jahr 1939 hatte es in der Stadt 85.000 Wohnungen gegeben, von denen nunmehr 45.000 vollständig zerstört und 6.000 weitere stark beschädigt waren. Dementsprechend herrschte in den ersten Nachkriegsjahren chronische Wohnungsnot, die nochmals durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten und aus der Ostzone verstärkt wurde. Bis 1950 mussten bereits 13.000 Flüchtlinge aufgenommen werden, bis 1955 hatte sich deren Zahl auf 21.778 erhöht. Dementsprechend gestaltete sich nicht nur die Wohnraumsituation, sondern auch die Ernährungslage in den ersten Nachkriegsjahren katastrophal. So betrug zu Beginn des Jahres 1946 die tägliche Ration pro Person gerade einmal 1.000 Kalorien, zugeteilt wurden im Monat pro Person 12 kg Brot, 12 kg Kartoffeln, nicht einmal 1 kg Fleisch sowie 400 gr Fett.

Ein Wiederaufbau wurde zudem erschwert durch massiven Mangel an Rohstoff und Energie sowie durch den hohen zerstörungsgrad der in Kassel angesiedelten Industrie. So waren 78 % der großen Unternehmen, wie z. B. Henschel, Crede, Wegmann und Salzmann zerstört. Außerdem galt es zu berücksichtigen, dass 21 Betriebe auf der Alli-

bei Wilhelm FRENZ, Heidrun SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit. Geschichte der Sozialdemokratie in Nordhessen, Marburg 1989, S. 192 f; sowie ebd., S. 180-190.

30 Zur Zerstörung Kassels während des Krieges und den hier aufgeführten Zahlen vgl. insbes. FRENZ/SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 194 f.; vgl. zudem Wilhelm FRENZ: Die politische Entwicklung in Kassel von 1945-1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Meisenheim am Glan 1974, S. 21 f.; Artur SITTING: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Die Wiedergründung der Kasseler SPD nach 1945, Kassel 1985, S. 7-9.

ierten Demontageliste standen, darunter Henschel Flugmotorenbau sowie die Junkers Flugzeugmotorenbauwerke. Dies hatte zur Folge, dass in Kassel selbst 30.000 Beschäftigte, im nordhessischen Raum insgesamt 50.000 Beschäftigte arbeitslos waren.

Nochmals verschärft wurde die wirtschaftliche Lage Kassels – wir werden sehen, dass Freidhof auf dieses Thema als Bundestagsabgeordneter noch wiederholt zu sprechen kommt – durch die Zonenrandlage, das Wegfallen des Hinterlandes im thüringischen Raum. Schließlich verlor Kassel auch seine Stellung als Provinzhauptstadt der ehemaligen preußischen Provinz Kurhessen-Nassau. Im von den Amerikanern gebildeten Staat Großhessen wurden zahlreiche Verwaltungsbehörden nunmehr im südlichen Landesteil, namentlich im Rhein-Main-Dreieck, Frankfurt-Wiesbaden, angesiedelt.

Unter diesen Voraussetzungen war es natürlich mehr als schwierig, die Menschen wieder für ein parteipolitisches Engagement zu interessieren, stand doch die Sorge um das tägliche Überleben viel mehr im Mittelpunkt. Gleichwohl fallen bereits in die ersten Nachkriegstage Bemühungen, die auf eine Neugründung, insbesondere der Sozialdemokratie, zielten. Die SPD war dabei gegenüber den konkurrierenden Parteien durch zwei Gründe im Startvorteil³¹: Zunächst einmal waren die Kontakte zwischen Vertretern der SPD, auch in der Zeit des Dritten Reiches, nicht abgerissen, sondern vielmehr intakt geblieben. Obwohl unmittelbar nach der Machtergreifung zahlreiche SPD-Funktionäre gleich Freidhof ins Zuchthaus Wehlheiden oder ins Arbeitshaus bei Guxhagen verschleppt worden waren, bestand nach 1934 weiterhin die Möglichkeit einer Kontaktpflege. So führte der ehemalige Gewerkschafts- und Parteisekretär Karl Hermann ein Zigarrengeschäft, Freidhof einen Gemüsehandel und schließlich Emil Dittmann, ebenfalls ein ehemaliger SPD-Funktionär der Weimarer Zeit, ein Zeitschriftengeschäft, in dem man sich regelmäßig traf, um mit Genossen Erfahrungen und Gedanken zur politischen Lage auszutauschen.

Unmittelbar nach Kriegsende war es der inzwischen aus dem KZ Sachsenhausen befreite Rudolf Freidhof, der sich schon bald mit seinen langjährigen Parteifreunden Emil Dittmann, Hans Nitsche, Karl Hermann und Christian Wittrock in Verbindung setzte, um gemeinsam die Neugründung der SPD unter der Maxime eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus zu betreiben, *und schon 14 Tage nach der Besetzung Kassels war praktisch ein festes Fundament für die entstandene SPD gelegt*.³² Dieses verfügte schon bald über einen freilich noch inoffiziellen kommissarischen Vorstand, an dessen Spitze mit Karl Hermann und Rudolf Freidhof die beiden langjährigen Parteisekretäre der Weimarer Zeit standen.³³ Diese personelle Kontinuität stellte insoweit einen Vorteil dar, hatte doch eine Reihe führender Sozialdemokraten der Weimarer Zeit das Dritte Reich überlebt und konnten ihre Erfahrungen nunmehr beim Aufbau des

31 Zum Folgenden vgl. Jürgen ACKERMANN: Die Krise der SPD in den Großstädten: der Fall Kassel, in: Tobias DÜRR u. a. (Hg.): Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft. Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich; Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Lösche, Opladen 1999, S. 361-378, hier: 363 f.; wie auch schon FRENZ: Die politische Entwicklung in Kassel (wie Anm. 30), S. 23; SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 20.

32 Hessische Zeitung vom 21.10.1955, zit. bei SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 21.

33 Vgl. SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 21.

demokratischen Verfassungsstaates nach 1945 wieder mit einbringen (dem stand freilich als Nachteil die starke Überalterung der Partei insgesamt gegenüber). Zudem genossen – und dies war der zweite Grund für den Startvorteil der Kasseler SPD gegenüber den bürgerlichen Parteien – die sozialdemokratischen Funktionäre das Vertrauen der amerikanischen Besatzungsmacht und konnten dementsprechend verantwortungsvolle Positionen in der von der Besatzungsmacht eingesetzten Zivilverwaltung annehmen³⁴ – so Rudolf Freidhof, der noch 1945 zum Regierungsrat beim Kasseler Regierungspräsidium ernannt wurde.

Wenn auch in der amerikanischen Besatzungszone im Prinzip bis August 1945 die Gründung von Parteien untersagt blieb, so hatten Freidhof und seine politischen Freunde gleichwohl somit mehrmals die Möglichkeit, dem amerikanischen Stadtkommandanten die Anliegen der SPD auf Wiedergründung der Partei vorzutragen. So verfassten Freidhof und Hermann gemeinsam am 12. Juni 1945 ein Exposé über den *Wiederaufbau der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der Presse*³⁵: Nach Ansicht der beiden Unterzeichner erforderte der politische Aufbau *die Wiedermulassung demokratischer Parteien, die durch Wort und Schrift die Nationalsozialisten bis zur Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 auf das schärfste bekämpft haben*. Dabei erinnerten Freidhof und Hermann an den mutigen Widerstand der SPD-Reichstagsfraktion bis hin zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz und die nachfolgenden Repressionen gegen SPD-Funktionäre in Form von Zuchthaus, Schutzhaft und Konzentrationslager. Die SPD, so betonten Freidhof und Hermann weiter, mit ihrer langen, bis in die 1870er Jahre zurückreichenden demokratischen Tradition, wolle nunmehr gerne am Wiederaufbau Deutschlands, gemeinsam mit der alliierten Militärregierung mitwirken. Sie verlange dafür jetzt aber, *mehr denn je, dass ihr die Möglichkeit gegeben wird, sich zu organisieren und ihren Einfluss beim Wiederaufbau und der Neugestaltung des deutschen Vaterlandes auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet Geltung zu verschaffen*. Durch die Wiedermulassung politischer und gewerkschaftlicher Argumentation auf freier und demokratischer Grundlage würde schließlich der werktätigen Bevölkerung ein neuer Ansporn beim Wiederaufbau und zugleich eine Garantie für Ruhe und Ordnung gegeben. In diesem Zusammenhang wurde von der alliierten Militärregierung auch eine gelockerte Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit gefordert, die mit einem Schlage das politische, geistige und kulturelle Leben wieder erwecken würde.

Freidhof und Hermann ging es jedoch nicht nur darum, die Neugründung der Sozialdemokratie in Kassel zu betreiben, vielmehr wollten sie auch Verantwortung für die Allgemeinheit in Kassel und Nordhessen übernehmen. So hatten sich die beiden Parteisekretäre bereits am 30. Mai 1945 mit einem Programm zur *Linderung der Nach-*

34 Vgl. FRENZ: Die politische Entwicklung in Kassel (wie Anm. 30), S. 23; SITTING: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 13; ACKERMANN: Die Krise der SPD in den Großstädten (wie Anm. 31), S. 364.

35 Vgl. Exposé über den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und Presse, Kassel 12.6.1945, abgedr. bei SITTING: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 115-118 – hier auch die folgenden Zitate; vgl. zudem ebd., S. 21 f.

kriegsnot an das alliierte Militärgouvernement in Kassel gewandt.³⁶ Hier hatten Freidhof und Hermann konkrete Maßnahmen ausgearbeitet, so beispielsweise zur Versorgung von Industrie und Bevölkerung mit Brennstoffen, zur Schaffung neuer Wohnräume wie zur Wohnraumbewirtschaftung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch zur Sicherstellung der Ernährungslage und schließlich zur Regelung der durch die Kriegsschäden entstandenen Verkehrsprobleme.

Der Antrag auf die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Kassel wurde schließlich am 13. Oktober 1945 bewilligt, so dass die Gründung am 14. Oktober stattfinden konnte.³⁷ Die erste offizielle Gründungsfeier fand schließlich am 6. November 1945 im Speisesaal der Spinnfaser AG in Kassel statt, wobei Freidhof das Grundsatzreferat über Ziele und Aufgaben der SPD hielt und zum zweiten Ortsvorsitzenden der Sozialdemokratie in Kassel gewählt wurde.

Während des gesamten Gründungsprozesses hatte Freidhof, wie auch seine Parteifreunde aus Kassel, in einem überaus engen Kontakt mit dem Londoner Exilvorstand der SPD gestanden, insbesondere mit Hans Vogel, der in einem Schreiben vom 7. September 1945 gegenüber Freidhof seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht hatte, *dass der Kern unserer Mitgliedschaft, soweit er die zwölf Jahre überlebt hat, unserer Sache treu geblieben ist und nur auf den Tag wartet, an dem die politischen Parteien wieder zugelassen werden, um die Organisation der Partei wieder auf die Beine zu stellen.*³⁸ Dabei verwies Vogel Freidhof darauf, dass Kurt Schumacher die Gründung der Partei in den drei westlichen Besatzungszonen von Hannover aus betreiben werde und dass er sich dringend mit Schumacher in Verbindung setzen sollte. Tatsächlich hat Freidhof zusammen mit zwei weiteren Kasseler Parteifreunden am 5.-7. Oktober 1945 auf einer Konferenz mit Schumacher im Kloster Wennigsen bei Hannover teilgenommen, auf der die Grundlinie für die Neugründung der Sozialdemokratie in der englischen sowie der amerikanischen und französischen Zone abgesteckt wurde.

In seinen politischen Grundüberzeugungen hat Freidhof weitgehend mit Kurt Schumacher übereingestimmt. Einerseits war es sein erklärtes Ziel das Konzept des demokratischen Sozialismus durchzusetzen, während er sich andererseits scharf und unmissverständlich gegenüber den Kommunisten abgrenzte. Diese Haltung wurde auch von allen anderen führenden Mitgliedern der Kasseler SPD geteilt, folglich hatte der im April/Mai 1945 konstituierte „Antifaschistische Aktionsausschuss“, in dem es zu einer zeitweiligen Kooperation von SPD und KPD kam, auch nur eine überaus kurze Le-

36 Karl Hermann und Rudolf Freidhof an das Militärgouvernement Kassel am 30.5.1945, abgedr. bei SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 119-123; vgl. zudem ebd., S. 22.

37 Zum weiteren Verlauf der Gründungsgeschichte der Kasseler SPD vgl. SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 26-28; FRENZ/SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 203-205.

38 Hans Vogel an Rudolf Freidhof am 7. September 1945, abgedr. bei SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, (wie Anm. 30) S. 35-36; vgl. zudem ebd., S. 22-24; zum engen Kontakt der Kasseler SPD zu Kurt Schumacher und dem Londoner Exil-Vorstand vgl. FRENZ: Die politische Entwicklung in Kassel (wie Anm. 30), S. 27 f.; FRENZ/SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 200.

bensdauer.³⁹ Dagegen suchten die Kasseler Sozialdemokraten vielmehr die Zusammenarbeit mit allen Parteien, auch den bürgerlichen Parteien, bei der Gründung des so genannten „Überparteilichen Ausschusses“ im Spätsommer 1945. Bereits am 1. August 1945 hatten sich ein Vertreter der ehemaligen SPD, der vormaligen KPD, der vormaligen Zentrumsparterie und der vormaligen DDP an die Militärregierung für die Provinz Kurhessen in Kassel gewandt, mit der Bitte, einen Ausschuss von ca. 15 Mitgliedern, bestellt aus den vormaligen demokratischen Parteien der Weimarer Zeit, zu bilden.⁴⁰ Diesem sollte die Aufgabe zukommen, *Bindeglied und Vermittler zwischen der Bevölkerung Kurhessens und der deutschen Zivil- und der amerikanischen Militärregierung zu sein*. Die Bevölkerung sollte die Möglichkeit haben, *dem Überparteilichen Ausschuss Wünsche, Beschwerden, Anregungen über die Art der Regierung und Verwaltung vorzutragen und diese sollten dann durch den Überparteilichen Ausschuss gesiebt und konkret den Regierungen vorgetragen werden*. Der überparteiliche Ausschuss wollte sich als beratende Instanz von deutschen Zivilregierungen in wichtigen Fragen, so bei der Entnazifizierung oder aber auch bei Fragen des Wiederaufbaus der zerstörten Städte, der Inangansetzung der Wirtschaft, der Finanzen und der Kultur verstehen. Tatsächlich konnte sich der überparteiliche Ausschuss, dem auch Freidhof angehörte, Ende August 1945 konstituieren, wenngleich er von den Alliierten offiziell erst im Dezember 1945 anerkannt wurde. Gleichwohl hat der Überparteiliche Ausschuss bis zur Bildung eines provisorischen Magistrats im Januar 1946 und schließlich den ersten Kommunalwahlen im Frühjahr des gleichen Jahres die Funktion einer ersten, frühen Gemeindevertretung wahrgenommen.

Im Vorfeld dieser ersten Kommunalwahlen hatte es eine überaus intensive Agitation der KPD zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei nach Ostberliner Vorbild gegeben, der Freidhof auf der Bezirkstagung der hessischen SPD am 17. März 1946 nochmals entschieden entgegentrat und dabei wiederum mit einer Rede Schumachers, die dieser wenige Wochen zuvor in Kassel gehalten hatte, vollkommen übereinstimmte.⁴¹ Dabei waren es vor allem zwei Gründe, die für Freidhof maßgeblich waren, um eine Kooperation oder gar eine Verschmelzung der SPD mit der KPD abzulehnen: Zum einen hatte die KPD aus Sicht Freidhofs maßgeblichen Anteil an der Machtergreifung Hitlers, da sie, anstatt gemeinsam mit der SPD Hitler zu bekämpfen, ihre ganze

39 Zur Tätigkeit des „Antifaschistischen Aktionsausschusses“ vgl. FRENZ / SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 196; FRENZ: Die politische Entwicklung in Kassel (wie Anm. 30), S. 24-26; SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 51 f.

40 Vgl. K. Hermann, SPD; Cohn, KPD; Dr. Stenzel, Zentrum; Dr. Rocholl, Demokrat. an die Militär-Regierung für die Provinz Kurhessen in Kassel zu Händen des Herrn Major Heuck am 1. August 1945, abgedr. in: FRENZ / SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 197; die folgenden Zitate ebd.; zum „Überparteilichen Ausschuss“ vgl. zudem ebd., S. 196 und 198; FRENZ: Die politische Entwicklung in Kassel (wie Anm. 30), S. 24 f.; SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 43-47.

41 Rudolf FREIDHOF: Der demokratische Sozialismus: Eine Gegenwartsbetrachtung; Rede geh. vor 2000 Delegierten der SPD, Bezirk Kassel. Kassel 1946; die Rede ist ausführlich zitiert bei SITTIG: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 64-67 sowie FRENZ: Die politische Entwicklung (wie Anm. 30), S. 44; zum Verhältnis zwischen SPD und KPD und der schlussendlichen Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten von Seiten der Kasseler SPD vgl. zudem ebd., S. 32-37.

Kraft dafür eingesetzt hatte, um gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Dies sei insbesondere deutlich geworden, als bei dem von den Parteien der Harzburger Front inszenierten Volksentscheid über die vorzeitige Landtagsauflösung in Preußen, der sich gegen die sozialdemokratische Regierung unter Otto Braun gewandt hatte, die Kommunisten das Ansinnen der Rechtsparteien unterstützt hatten. Am Ende seiner Ausführungen zu den Ereignissen des Jahres 1932 kam Freidhof zu dem Resümee: *Nicht Spaltung der Arbeiterklasse war es in erster Linie, die Hitler zur Macht brachte, sondern die Verkennung der politischen Klasseninteressen. Hätte die kommunistische Partei mit uns den Kampf geführt nach dem Motto, getrennt marschieren und vereint schlagen, wäre Deutschland der Nationalsozialismus, die Katastrophe, erspart geblieben.*⁴² Dieser Vorwurf an die Kommunisten wog für Freidhof umso schwerer, als er 1932 mehrfach in Flugblättern die Kommunisten darauf aufmerksam gemacht hatte, dass es darum gehe, den gemeinsamen Feind, den Faschismus, den Nationalsozialismus, zu bekämpfen und sich vielmehr solidarisch die Hände zu reichen, statt gegeneinander anzutreten.⁴³ Darüber hinaus war für Freidhof die KPD der Nachkriegszeit *keine deutsche Klassenpartei, sondern höchstens eine fremde Staatspartei*. Eine nach Berliner Vorbild zwangsvereinigte Arbeiterpartei war für Freidhof klar abzulehnen, denn diese sollte einzig das Ziel besitzen, eine pro-russische Politik zu machen. *Sie soll für die egoistischen und imperialistischen Ziele der Russen Handlungsdienste leisten und herausgeholt werden aus der westlichen Zone, um die Politik der östlichen Zone zu vertreten. Dagegen wehren wir uns und wir sind der Auffassung, dass die KPD in Deutschland sowieso überflüssig ist, denn mit dem Zusammenbruch der Diktatur der Nazis ist die Idee und die Praxis jeder Diktatur zusammengebrochen, so dass sie im deutschen Parteiensystem keinen Platz mehr hat.*⁴⁴

Die Haltung Freidhofs gegenüber der KPD wurde von den Kasseler Sozialdemokraten einstimmig gebilligt⁴⁵, womit man der von Schumacher auf Ebene der drei Westzonen vorgezeichneten Linie folgte. Dies bedeutete auch, dass die SPD eine eigene, von der KPD getrennte Liste für die Kommunalwahlen aufstellte, die zunächst in den kleineren Landgemeinden und in den Städten bis zu 20.000 Einwohner und schließlich in Kassel selbst stattfanden.⁴⁶ Bei diesen Wahlen gelang es der SPD jeweils die absolute Mehrheit zu erringen, wogegen die KPD auf gerade einmal 10 % kam. Durch das Ergebnis war die Haltung Freidhofs eindeutig bestätigt worden, so dass dieser an Schumacher schreiben konnte: *Hätten wir gemeinsame Listen mit der KPD aufgestellt, dann wäre erstens einmal das Wahlergebnis nicht besser ausgefallen und zweitens hätte die*

42 FREIDHOF: Der demokratische Sozialismus (wie Anm. 41), S. 5 – zu diesem bereits 1931 an die Adresse der KPD gerichteten Vorwurf vgl. Rudolf FREIDHOF: Stahlhelm, Hakenkreuz und Sowjetstern. Das faschistische Dreigestirn, im Kasseler Volksblatt 1931, abgedr. in: Rudolf Freidhof 90 Jahre (wie Anm. 7).

43 Vgl. Rudolf FREIDHOF: An die kommunistischen Arbeiter 1932, abgedr., in: Rudolf Freidhof 90 Jahre (wie Anm. 7).

44 Die Zitate FREIDHOF: Der demokratische Sozialismus (wie Anm. 41), S. 15.

45 Vgl. SITTING: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 67.

46 Zu den ersten Wahlen in Kurhessen vgl. FRENZ: Die politische Entwicklung (wie Anm. 30), S. 43 und S. 46-52; SITTING: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 85-94; FRENZ/SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 206-212.

*KPD immer noch großspurig nach Parität geschrien. Wenn jetzt von den Kommunisten behauptet wird, sie hätten ihre Organisation noch nicht aufgebaut und es würde ihnen an Rednern fehlen, so habe ich festgestellt, dass in den Orten, wo ihre alten Funktionäre und Redner schon alle da sind, das Ergebnis genauso niederschmetternd ist, wie überall.*⁴⁷

Dagegen hatte die SPD bei diesen Wahlen die Grundlage dafür geschaffen, um in den nächsten Jahrzehnten zur dominierenden Partei in Kassel wie auch im gesamten Nordhessen aufzusteigen. Bedingt durch das Wahlrecht, das eine fünfzehnprozentige Sperrklausel kannte, konnten nur CDU und SPD in das Gemeindeparlament einziehen, wobei die SPD 40 von 60 Stadtverordnetenmandaten für sich beanspruchen konnte. Freilich war mit dieser, zumindest auf den ersten Blick, umfangreichen Machtfülle zugleich auch ein hohes Maß an Verantwortung verbunden, wie Freidhof in seiner ersten Rede als Vorsitzender der Ratsfraktion der Sozialdemokratie herausarbeitete.⁴⁸ So gibt er einen Überblick über alle eingangs genannten Probleme der Nachkriegszeit: Die Situation der Bevölkerung ist noch immer geprägt durch Wohnungsmangel, Unterernährung, schlechte hygienische Verhältnisse und daraus resultierenden Krankheiten, genauso wie die Industrie auch weiter unter dem Abzug von Betrieben und Behörden leidet und die verkehrstechnischen Verhältnisse unter dem Einsturz der Fuldabrücke weiterhin schwer beeinträchtigt sind. Diese drängenden Probleme zu lösen ist nunmehr Aufgabe der Sozialdemokratie, die aber, wie Freidhof hervorhebt, gerade in Kassel über ein leuchtendes Beispiel verfügt. So erinnerte er an die Zeit, in der Philipp Scheidemann Oberbürgermeister von Kassel war, *eine Zeit in der kommunale Leistungen vollbracht worden sind, die für alle Zeit ein Denkmal sozialdemokratischer Kommunalpolitik darstellen. Ich brauche nur an das Flussbad und an die mustergültige Siedlung auf dem Fasanenhof zu erinnern.* Zugleich betonte Freidhof, dass es der Stadt Kassel freilich unmöglich ist, diese Probleme aus eigener Kraft zu lösen, sondern dass es vielmehr der Unterstützung durch das Land Großhessen wie auch der Besatzungsmacht bedürfe. Freidhof selbst hat freilich an der Bewältigung der kommunalen Probleme nicht unmittelbar teilgehabt: zwar hat er sein Mandat als Stadtverordneter bis 1964 beibehalten, ja sogar in den Jahren seit 1956 das Amt des Stadtverordnetenvorsitzenden begleitet, der Schwerpunkt seiner Tätigkeit verlagerte sich jedoch nach den Wahlen zur verfassungsberatenden Landesversammlung bzw. zum ersten (groß)hessischen Landtag 1946 zunächst in die Landespolitik und nach den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag schließlich 1949 in die Bundespolitik. Gleichwohl hat Freidhof auch als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion (ab 1946) wie auch als Mitglied des deutschen Bundestags (1949-1957) sich nicht nur mit Fragen der „großen Politik“ beschäftigt, sondern auch in Wiesbaden wie in Bonn immer wieder nachdrücklich und mit großer Beharrlichkeit auf die Anliegen und Probleme seiner Heimatstadt hingewiesen.

47 Rudolf Freidhof an Kurt Schumacher am 30. Januar 1946, abgedr. bei SITTING: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (wie Anm. 30), S. 70. (Der Brief wurde verfasst unter dem Eindruck des ersten Erfolges der SPD bei den vorgezogenen Wahlen in den kleineren Gemeinden mit bis 20.000 Einwohnern, allerdings noch vor den Wahlen in Kassel selbst, aus denen freilich die SPD erneut als klare Siegerin hervorging)

48 Vgl. Rudolf Freidhof als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion in der ersten Stadtverordnetensitzung am 5. Juli 1946, abgedr., in: Rudolf Freidhof 90 Jahre (wie Anm. 7) – das folgende Zitat ebd.

IV. Parlamentarier im hessischen Landtag und deutschen Bundestag 1946-1957

Wenn man heute die Rede Freidhofs als SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Christian Stock am 7. Januar 1947 nachliest, so Holger Börner anlässlich der Beisetzung Freidhofs im Januar 1984, dann spürt man, dass hier ein Mann spricht, der das bittere Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung durchlebt und durchlitten hat.⁴⁹ Tatsächlich bildet die erste Erklärung Freidhofs im hessischen Landtag Einblick in fast alle Probleme der Nachkriegszeit, aber auch in das Selbstverständnis und die politischen Ziele der hessischen SPD.⁵⁰ Ausgangspunkt der Erklärung Freidhofs bildete zunächst die Überzeugung, dass die SPD für genau die gleichen Kriegsziele wie die Alliierten eingetreten sei: Nämlich die Beseitigung des Nationalsozialismus und die Schaffung eines friedfertigen und demokratischen Deutschland.⁵¹ Man wisse sich einig mit den Alliierten, dass alles, was an den Nationalsozialismus erinnere, gründlich zerstört und ausgerottet werden müsse, genauso wie man sich mit den Alliierten einig wisse in dem Ziel, Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern Europas zu schaffen und zu einem dauerhaften Ausgleich, insbesondere mit Frankreich, zu kommen. Natürlich musste Freidhof einräumen, dass Hessen ein besetztes und besiegt Land sei und man nicht umhin komme, den Anweisungen der Militärregierung zu folgen, wobei man dieser auch gerade bei der Bereitstellung von Lebensmitteln erst wieder ausdrücklichen Dank aussprechen müsse. Gleichwohl nahm Freidhof für sich in Anspruch, nachdem er im Dritten Reich Zuchthaus und Konzentrationslager hinter sich gebracht hatte, auszusprechen, was zu sagen ist, Missstände auch in der Verwaltung der Besatzungsmacht anzuprangern, gerade weil er für ein Deutschland sprach, das nichts mit den Nationalsozialisten gemein hatte. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, das zu sagen, was im Interesse der hessischen Bevölkerung gesagt werden muss.⁵² In diesem Sinne bezeichnet es Freidhof, wobei er freilich nicht vergaß, auf das von Hitler verübte Unrecht hinzuweisen, als gleichermaßen unmenschlich und verwerflich, wie seitens der Alliierten mit den Transporten von Flüchtlingen aus dem Osten, die bei 18 Grad Kälte auf Güterwägen ausgewiesen wurden, umgegangen wurde. Auch war es für ihn ein menschenunwürdiger Zustand, dass über eineinhalb Jahre nach der Einstellung der Feindseligkeiten Kriegsgefangene weiterhin wie Sklaven behandelt würden.⁵³

Kritisiert hat Freidhof zudem in unmissverständlichen Worten sowohl die amerikanische Demontagepolitik wie auch die Art und Weise der von den Amerikanern verordneten Entnazifizierung. Dabei ließ Freidhof zwar keinen Zweifel daran, dass die Demontage nichts weiter als eine Folgeerscheinung des von Hitler angezettelten Krie-

49 Vgl. Hessische Allgemeine Zeitung 03.01.1984.

50 Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung des hessischen Landtages v. 7. Januar 1947, S. 27-31.

51 Ebd., S. 29. – zum Folgenden ebd.

52 Ebd., S. 29 – hier auch zum Folgenden.

53 Die Zitate Ebd., S. 31.

ges darstellte und insofern auch im Verschulden der Deutschen lag⁵⁴, gleichwohl betonte er, dass es unverständlich sei, dass die Demontage in ihrer vollen Härte erst dreißig Monate nach dem Ende des Krieges durchgeführt wurde, zumal nach einem ständigen Rückgang der Wirtschaft. Beseitigt werden sollte nach Ansicht Freidhofs zudem nicht die zivile Industrie, sondern in erster Linie die Rüstungsindustrie, was er mit der Forderung verband *dass die Kriegsindustrie in allen Ländern beseitigt wird und dass die Industrie aller Länder sich auf die Friedensproduktion einstellen*.⁵⁵ Er sah es als widersinnig an, dass die Demontage durchgeführt werde, während gleichzeitig der Marshallplan anlaufe, der auch den Deutschen die Möglichkeit geben solle, wieder selbst Waren herzustellen, um mit deren Hilfe die importierten Lebensmittel zu bezahlen und Wiedergutmachung an anderen Ländern durchzuführen. Zuletzt wies er die Siegermächte noch darauf hin, nicht noch einmal den Fehler von 1918 zu machen und eine noch nicht gefestigte Demokratie durch überharte Besatzungsbedingungen zu gefährden.

Der zweite zentrale Kritikpunkt Freidhofs an der Politik der amerikanischen Militärverwaltung bildete die Durchführung der Entnazifizierung. Natürlich bekannte sich Freidhof für eine Aburteilung aller NS-Aktivisten, genauso wie er betonte, dass niemand sagen könne, er sei sich nicht über die Ziele der NSDAP im Klaren gewesen.⁵⁶ Kritisiert wurde von Freidhof jedoch, dass von den Spruchkammern die Dauer der Parteizugehörigkeit zum alles entscheidenden Kriterium gemacht werde. So konnte Freidhof über Volksschullehrer und kleine Beamte berichten, die sich ab 1933 einem überaus starken Anpassungsdruck ausgesetzt sahen und um eine Mitgliedschaft in der NSDAP nicht umhin kamen, nunmehr aber aufgrund ihrer langen Zugehörigkeit zur Partei entsprechend hart bestraft wurden, ja ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen verloren.⁵⁷ Gleichzeitig, so die Anklage Freidhofs, blieb jedoch eine ganze Reihe von Militaristen ungeschoren oder wurde nur verhältnismäßig maßvoll belangt, weil sie eben nicht der Partei angehört hatten. So forderte Freidhof ein scharfes Vorgehen insbesondere gegen hohe Offiziere und Generäle, die im Weltkrieg *mit den Nationalsozialisten gemeinsam die Katastrophe herbeigeführt haben. Ich glaube, es gibt in Deutschland keinen vernünftigen Menschen mehr, der auch nur den geringsten Funken Achtung vor unseren Generälen haben kann*, denn diese hätten schon lange gewusst, *dass der Krieg für Deutschland längst verloren war und sie trotzdem weitergemacht haben, bis zum Weißbluten des deutschen Volkes*.⁵⁸ Ebenfalls eine Bestrafung verlangte Freidhof für die Mitglieder der Harzburger Front, also nicht nur für Nationalsozialisten, sondern auch für Deutschnationale und Mitglieder von DVP und Stahlhelm, die durch ihre Agitation die Zerstörung der Weimarer Demokratie betrieben und den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglicht hätten.⁵⁹

54 Stenographischer Bericht über die 25. Sitzung des hessischen Landtages v. 23. Oktober 1947, S. 825 – hier auch zum Folgenden.

55 Ebd.

56 Stenographischer Bericht über die 18. Sitzung des hessischen Landtages v. 4. Juli 1947, S. 474.

57 Ebd., S. 474 f.

58 Ebd., S. 475.

59 Vgl. 474.

Neben der Beschäftigung mit der Politik der Alliierten hat sich Freidhof im Landtag selbstverständlich mit der Ausarbeitung der hessischen Verfassung bzw. der Ausgestaltung der durch die Verfassung vorgezeichneten Ordnung beschäftigt. Die neue Verfassung bedeutete für Freidhof den Weg aus der Rechtlosigkeit des Dritten Reiches, sie bildete für ihn den Ausdruck einer wehrhaften Demokratie, denn *zum ersten Male ist in einer Verfassung der Grundsatz enthalten, dass es die Pflicht eines jeden ist, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften einzustehen und Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt zu leisten*.⁶⁰ In diesem Zusammenhang hob er hervor, dass die neue Verfassung zwar einen umfangreichen Grundrechtskatalog enthielt, auf den sich jedoch niemand berufen könne, der den verfassungsmäßigen Zustand angreife oder gefährde.

Die wichtigsten Passagen für Freidhof waren darüber hinaus die wirtschafts- und sozialpolitischen Bestimmungen der hessischen Verfassung, die er gegenüber der bayerischen und der württemberg-badischen als den fortschrittlichsten in der gesamten US-Zone bezeichnete und in denen die Sozialdemokratie einen erheblichen Teil ihrer Grundsätze und Forderungen verwirklicht sah. So war für Freidhof Art. 41 der hessischen Verfassung, in dem eine Sofortsozialisierung des Bergbaues, der Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugnisse, der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens gefordert wurde, eine *zentrale Voraussetzung für die Errichtung einer Demokratie*.⁶¹ Diese wurde ergänzt durch Art. 43, zu dem sich Freidhof mehrfach ausdrücklich bekannte, und in dem ausdrücklich die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Gewerbe vorgesehen wurde.⁶² Als vorbildlich sah Freidhof schließlich auch Art. 34 der hessischen Verfassung an. Hier wurde erstmals in einem deutschen Bundesland nicht nur die Arbeitszeit geregelt, sondern auch ein Mindesturlaub für alle Arbeitnehmer auf verfassungsrechtlicher Grundlage garantiert. Besonders stark hat sich Freidhof folglich bei der Ausarbeitung des Ausführungsgesetzes zu Art. 34 engagiert.⁶³ Hier wurde ein Mindesturlaub von zwölf Tagen für Erwachsene und von 24 Tagen für jugendliche Arbeitnehmer vorgeschrieben; für Freidhof bildete gerade dieses Gesetz den gewaltigsten Fortschritt, den die Arbeiterklasse in einer Generation errungen habe. Hierin komme zum Ausdruck, *dass der Arbeiter nicht mehr als Objekt der Ausbeutung, sondern als wesentlich mitbestimmender Faktor der Gesellschaft überhaupt verstanden werde*.

Freilich stand man seitens der amerikanischen Besatzungsmacht diesen sehr weitgehenden sozialen Errungenschaften bzw. Sozialisierungsmaßnahmen der hessischen Landesverfassung sehr reserviert gegenüber und konnte letztlich deren Inkrafttreten teilweise verhindern. So forderten die Amerikaner bei der Abstimmung über die hessische Verfassung im Dezember 1946 eine gesonderte Abstimmung über Art. 41, der aus Sicht der Besatzungsmacht mit den übrigen Bestimmungen der Verfassung nicht in

60 Hessische Nachrichten 23.10.1946; ebenfalls abgedr. bei FRENZ/SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 217-220.

61 Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung des hessischen Landtages v. 7. Januar 1947, S. 30.

62 Vgl. EBD.

63 Vgl. Stenographischer Bericht über die 12. Sitzung des hessischen Landtages v. 12. Mai 1947, S. 260 – das folgende Zitat ebd.

Einklang zu bringen war. Jedoch wurde Art. 41 seitens der hessischen Bevölkerung mit breiter Mehrheit angenommen⁶⁴, wobei deutlich wurde, dass die Forderung nach umfassenden Sozialisierungen in den ersten Nachkriegsjahren auch weit über die SPD-Wählerschaft hinaus verbreitet war. Trotz des Votums der Bevölkerung wurde Art. 41 gleichwohl nicht umgesetzt, denn durch die Schaffung der Bi-Zone zum Jahresbeginn 1947, des Wirtschaftsrates und der Wirtschaftsverwaltung hatte sich eine neue politische Konstellation ergeben; Art. 41 der hessischen Verfassung wurde von den Amerikanern bis zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung suspendiert. Oder anders: Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung sollten auf Bundesebene nochmals neu verhandelt werden. Damit werden auch die Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten Freidhofs und der hessischen Sozialdemokraten deutlich – Grenzen, die aufgezeigt wurden durch die Besatzungsmacht, deren wirtschaftspolitische Anschauung mitunter in scharfem Gegensatz zu der von Freidhof vorgetragenen Forderung nach Schaffung eines demokratischen Sozialismus standen. Freilich hinderte dies Freidhof nicht, auch in den folgenden Jahren im Landtag immer wieder in ganz besonderem Maße für die Belange sozial Schwacher und Benachteiligter einzutreten. So forderte er bereits in der Aussprache vom 7. Januar 1947, dass neben den von der Regierung bzw. den Alliierten verordneten Lohnstopp auch ein Preisstopp treten müsse, um überhaupt sozial schwachen Menschen genügend Geld für die Sicherstellung der Güter des täglichen Bedarfs in die Hand zu geben.⁶⁵ In gleicher Weise wurde von Freidhof die angemessene Berücksichtigung von Anliegen der mittellosen Ausgebombten, der Kriegsoffer, Hinterbliebenen und Invaliden gefordert.⁶⁶

Sein Landtagsmandat hat Freidhof 1949 mit seiner Wahl in den Deutschen Bundestag aufgegeben: Hier hat sich Freidhof vor allem mit zwei Themenfeldern beschäftigt: Einerseits war er auch hier Fachmann seiner Fraktion auf dem Gebiet der Sozialpolitik: Stellung genommen hat er u. a. zu Themen der Arbeitsvermittlung oder zur Altersversorgung des Handwerks. In noch stärkerem Maße aber ist Freidhof im Bundestag ganz speziell für nordhessische Belange eingetreten und hat in immer wiederkehrenden Interpellationen der Regierung in Erinnerung gerufen *dass der nordhessische Raum ein ausgesprochenes Notstandsgebiet ist*⁶⁷, dass es dringend der Förderung nicht nur der Landes- sondern auch der Bundesregierung bedürfe. In diesem Zusammenhang hat Freidhof ein eindruckliches Bild der wirtschaftlichen Notlage seines Wahlkreises am Beginn der 1950er Jahre aufgezeigt: Gekennzeichnet war dies durch große Arbeitslosigkeit; so wusste Freidhof zu berichten, dass *allein in der Stadt Kassel zur Zeit (Herbst 1951) etwa 4000 Bauarbeiter arbeitslos sind* und im Landkreis Eschwege zum gleichen Zeitpunkt eine Arbeitslosenquote von 24,8 % herrschte.⁶⁸ Diese Entwicklung stand freilich völlig im Gegensatz zum wirtschaftlichen Boom, den die Region zwi-

64 Zur Abstimmung über Art. 41 der hessischen Verfassung vgl. FRENZ/SCHMIDT: Wir schreiten Seit an Seit (wie Anm. 29), S. 220; zur schlussendlichen Suspendierung dieses Verfassungsparagraphen durch die Amerikaner vgl. ebd., S. 228.

65 Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung des hessischen Landtages v. 7. Januar 1947, S. 30.

66 Ebd.

67 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages – 163. Sitzung vom 18. 9.1951, S. 6594.

68 Ebd., S. 6595 – hier auch zum Folgenden.

schen 1929 und 1938 erfahren hatte, als die Nationalsozialisten in die Rüstungsindustrie im nordhessisch-thüringischen Raum investierte, so dass die Einwohnerzahl der Stadt Eschwege damals von 15.000 auf 26.000 Einwohner angestiegen war, die nunmehr zum großen Teil ohne Auskommen waren. Als Probleme seiner Heimatregion machte Freidhof zudem den überaus starken Zuzug, also die Flüchtlinge aus der Ostzone, sowie die Abschneidung Kassels von seinem Hinterland im Raum des heutigen Sachsen-Anhalt und Thüringen durch den Eisernen Vorhang verantwortlich. Um dieser Not abzuhelpfen entwarf Freidhof ein relativ fertiges Programm. Zunächst einmal wünschte er die Vergabe von Staatsaufträgen an die Lokomotiv- und Waggonindustrie und an die Schwerweberei im nordhessischen Raum. Darüber hinaus sollten durch Förderprogramme neue Industriebetriebe in Nordhessen angesiedelt werden: u. a. ein großes Aluminiumwerk im Raum Sontra.⁶⁹ Gleichzeitig wollte Freidhof einen Gegenpol schaffen, indem er auch den Tourismus in Nordhessen fördern wollte. Dabei dachte er vor allem an eine verstärkte touristische Erschließung im Fulda- und Werratal.⁷⁰ Deutlich wird aus den Redebeiträgen Freidhofs, dass dieser bei einem Eintreten für nordhessische Belange gleichwohl auch die Lage der Bevölkerung in anderen Zonenrandgebieten nicht aus dem Auge verloren hat, sondern allgemein das wirtschaftliche Gefälle von West nach Ost immer wieder thematisiert hat und umfangreiche Programme zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur nicht nur in Hessen, sondern auch in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern erarbeitet hat.⁷¹

V. Zusammenfassung und Würdigung

In seinem insgesamt vierzigjährigen politischen Wirken hat Freidhof einen langen Weg vom jungen radikalen USPD-Anhänger zum SPD-Sekretär in Kassel und mutigen Verteidiger der Weimarer Demokratie und schließlich zu *einem Pionier des demokratischen Wiederaufbaus, der die Geschichte Hessens nach 1945 maßgebend mitgestaltet hat*⁷² (Holger Börner) durchlaufen.

Hatte Freidhof ursprünglich der SPD angehört, so wandte er sich während des Ersten Weltkrieges der Unabhängigen Sozialdemokratie zu, für die er 1921 als einer der damals jüngsten Abgeordneten in den Badischen Landtag einzog. Hier ist er zunächst als Vertreter der radikalen Linken hervorgetreten, um bereits im darauf folgenden Jahr eine politische Kehrtwende zu vollziehen und den Weg zurück zur Mannheimer Sozialdemokratie zu finden. In den zwanziger Jahren hat er erstmals sein organisatorisches

69 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages – 279. Sitzung vom 2.7.1953, S. 13967.

70 EBD., sowie Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages – 31. Sitzung vom 26.5.1954, S. 1482.

71 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages – 279. Sitzung vom 2. Juli 1953, S. 13967 (Bemerkung zum wirtschaftlichen West-Ost-Gefälle in der BRD), Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages 31. Sitzung vom 26. Mai 1954, S. 1481-1483 (Forderung nach Stärkung der Verkehrsinfrastruktur im gesamten Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein bis Bayern).

72 Hessische Allgemeine 28.12.1983.

Talent bei der Reorganisation des Mannheimer Ortsverbandes bewiesen, der in Folge von Weltkrieg, Revolution und Inflation doch erheblich Schaden gelitten hatte. Zugleich hat er als Ortsvorsitzender und Stadtverordneter die Mannheimer Kommunalpolitik mitgestaltet, wobei die von ihm geführte SPD auf ansehnliche Erfolge verweisen konnte, so bei der Linderung der Wohnungsnot, auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge wie auch der Verwaltungsreform.

Die Erfolge Freidhofs in Mannheim waren ein Grund für seine Berufung als Parteisekretär nach Nordhessen, wo er insbesondere als konsequenter Gegner des heraufziehenden Nationalsozialismus hervorgetreten ist, während er sich gleichzeitig darum bemüht hat, die Kommunisten davon zu überzeugen, gemeinsam mit der SPD den Kampf gegen die braune Gefahr aufzunehmen. Beides letztlich vergeblich; die Jahre des Dritten Reiches bildeten für Freidhof eine unsagbare Leidenszeit, geprägt durch Schutzhaft, Zuchthaus und Konzentrationslager – eine Leidenszeit, die erst mit der Befreiung des KZ Sachsenhausen im April 1945 beendet wurde.

Nur wenige Monate später gehörte Freidhof zu den Gründervätern der SPD in Kassel und Nordhessen: Günstig für die Entwicklung der Sozialdemokratie wirkte sich dabei einerseits aus, dass auch während der Zeit des NS-Regimes die Kontakte zwischen vormals führenden SPD-Mitgliedern niemals abgerissen waren und u. a. der Lebensmittelhandel Freidhofs als Treffpunkt gedient hatte. An diese Kontakte konnte bei der Neugründung der Partei angeknüpft werden. Zudem erleichtert wurde die SPD-Neugründung durch die Tatsache, dass Freidhof das Vertrauen der Besatzungsmacht genoss, die ihn als Regierungsrat beim Regierungspräsidium Kassel einsetzte. Bei der Neugründung der nordhessischen SPD ist Freidhof ganz dem von Kurt Schumacher vorgegebenen Kurs gefolgt, so dass er einerseits einen demokratischen Sozialismus anstrebte, sich andererseits ganz klar von der KPD abgrenzte, die für ihn nichts weiter war als ein „Agent der Sowjetunion“. Neben der Neugründung der Partei hat sich Freidhof schon bald nach Kriegsende mit konstruktiven Vorschlägen für die Lösung der anstehenden Probleme, somit Fragen der Ernährungswirtschaft, der Wohnungsnot usw. auseinandergesetzt und Lösungswege für deren Bewältigung im Zusammenspiel mit der Militärregierung gesucht.

Als Parlamentarier hat Freidhof nachdrücklich für sein Konzept eines demokratischen Sozialismus geworben und insbesondere für die Annahme von Artikel 41 der hessischen Verfassung, der sehr weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen bei Großbetrieben vorsah, eingetreten. Ist die Umsetzung dieses Paragraphen letztlich am Widerstand der amerikanischen Besatzungsmacht gescheitert, so konnte Freidhof gleichwohl die hessische Verfassung in vielen ihrer sozialpolitischen Bestimmungen als vorbildlich ansehen, so beispielsweise in ihren Bestimmungen über den hier festgelegten Mindesturlaub.

Auch als Bundestagsabgeordneter hat sich Freidhof insbesondere mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigt, so dass er am Ende seines Lebens als *das leuchtende Beispiel eines Mannes gewürdigt wurde, der sich Zeit seines Lebens für seine Mitmenschen und*

den Ausbau der sozialen Gerechtigkeit eingesetzt habe.⁷³ Dieser Einsatz galt insbesondere seiner Heimatstadt Kassel, auf deren Anliegen und Probleme er in Bonn immer wieder nachdrücklich aufmerksam machte.

Seinen Lebensabend hat Freidhof nach seinem Ausscheiden aus der Kasseler Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1964 bis zu seinem Tod Ende 1983 genießen können. Bei bester Gesundheit konnte er noch eine ganze Reihe runder Geburtstage begehen, in deren Zusammenhang er immer wieder als vorbildlicher demokratische Politiker gewürdigt wurde: *ein in jeder Hinsicht vorbildlicher Politiker: sozial engagiert, fähig andere zu überzeugen, aber auch bereit, sich selbst überzeugen zu lassen, also kämpferisch und tolerant zugleich*⁷⁴, so schließlich die letzte Würdigung Freidhofs durch den damaligen Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel.

73 Vgl. die Würdigungen durch den Staatssekretär im hessischen Justizministerium Schubert und Holger Börner, in: Hessische Allgemeine 24.9.1963 und Hessische Allgemeine 25.9.1978.

74 Hessische Allgemeine 28.12.1983.